

Demonstrationen gegen Rainer Barzel und die NPD

Politische Frustration steigert Militanz / Bochumer Schüler aktiv

Nr. 38 13. Februar 1969 10 Pf



Bochumer Studenten Zeitung
universität bochum und klinikum essen

Parlament in Agonie

Nachdem das zu Sagende gesagt, das zu Klärende geklärt, das zu Unternehmende nicht unternommen und das zu Erreichende nicht erreicht werden konnte, befindet sich das Studentenparlament in desolatem Zustand.

Von essentieller Reformarbeit ausgeschlossen, vermag die Scheinaktivität prompter Erledigung papierener Tagesordnungspunkte der großen Frustration nicht länger vorzubeugen. So konnte man sich vorgestern zwar nicht einigen, das Parlament aufzulösen, doch scheint es gegenwärtig unmöglich, eine über AStA-Wahl und Haushalts-Verabschiedung hinausreichende politische Sinngebung für die Institution aufzuzeigen. Geschäftliches wurde für die Ferienzeit dem neugewählten Haushaltsausschuß übertragen. Einige Studentenvertreter hoffen freilich noch auf die große klärende Selbstverständnisdebatte...



Finanzlage für SS 69 ungewiß

Des Rektors Vorstoß gegen die Sozialbeiträge der Studentenschaft führte im Senat erneut zu einer scharfen Kontroverse zwischen Studentenvertretern und Rektor.

Die Studenten warfen Biedenkopf vor, eine Situation herbeigeführt zu haben, in der ein teilweiser Ausfall der vorgeplanten Mittel der Studentenschaft im SS 69 zu befürchten sei.

B. behauptet, den KuMi vor die Alternative: erneute Genehmigung der inzwischen wegen der DSKV auf 97,- DM erhöhten Sozialbeiträge oder voller Ersatz der bei Nichtgenehmigung ausfallenden Mittel aus Zentralmitteln des Landeshaushalts — gestellt zu haben. Sein Zweckoptimismus, der KuMi werde sich an diese Alternative halten und nicht etwa durch Unterlassung der Studentenschaft einen finanziellen Dämpfer verpassen, wurde vom Senat augenscheinlich nicht ganz geteilt.

Ergebnis: der Rektor wird in einem neuen Brief an den KuMi darauf hinweisen, daß der Senat die Entscheidung dieser Frage für äußerst dringlich halte, und notfalls vor Beginn der Rückmeldefrist eine Son-

dersitzung durchführen werde, wenn die Lage weiterhin so zweifelhaft bleibe.

Disziplinarordnung

Für ein bundeseinheitliches Disziplinarrecht sprachen sich die Länderministerpräsidenten in der vergangenen Woche aus. Zunächst sollen möglichst einheitliche Tatbestände formuliert werden, die als „strafwürdig“ gelten sollen. Die gleiche Forderung erhob die in Dortmund tagende Kultusministerkonferenz. Nach ihrer Ansicht muß sich die Vereinheitlichung auch auf die Frage beziehen, wann ein Student befristet oder unbefristet von der Universität gewiesen werden solle.

Die Ministerpräsidenten einigten sich darauf, ihre im Oktober gefaßten Beschlüsse zur Hochschulreform den künftigen Hochschulgesetzen zugrunde zu legen, um möglichst weitgehende Einheitlichkeit zu erreichen. Gemeinsam mit den Landesparlamenten sollen Maßnahmen gegen Störungen der öffentlichen Ordnung ergriffen werden.

„Ausdrücklich möchte ich feststellen“, so betonte Rainer Maria Barzel, als er, Farbspritzer am blauen Anzug, am 1. Februar in der Bochumer Mensa vor der Landeskongress der CDU-Sozialausschüsse sprach, „daß hier nicht Studenten, sondern linksfaschistische Krawallmacher am Werk waren.“

Der CDU-Fraktionsvorsitzende, der die studentische Linke „hochprügeln und sichtbar in die Ecke stellen“ möchte, konnte es nicht verhindern, daß Bochumer Studenten diesen Mann und seine Parteifreunde am Betreten einer Universitätseinrichtung hindern wollten. Entsprechend seiner staatsautoritären Gesinnung fand er es wohl ganz in der Ordnung, daß 100 Christdemokraten für einen Tag die für 5000 Studenten berechnete Mensa okkupierten und Bochums in der Mehrheit nicht CDU-freundliche Studenten kein Mittagessen erhielten.

Am Nachmittag wurden Barzels Worte von seinen zukünftigen Koalitionspartnern mit dem NPD-Parteibuch in der Aula des Graf-Engelbert-Gymnasiums wiederholt:



Greifkommandos traten vor der Mensa in Aktion.

„Wir wollen eine Jugend, die sich abhebt von den popeligen Gestalten da draußen, das sind ja keine Studenten, das ist ein Nichts, kleine dreckige, gekaufte Kriminelle.“

Fortsetzung S. 3



Betäubung durch exzessiven Genuß von Konsumgiften

Redaktionssekretärin Waltraut B. in der Nacht vom 11. auf den 12. Februar 1969, nachdem sie im Studentenparlament über die Chancen der Umsetzung revolutionären Bewußtseins reflektiert hatte.

Formen des

Einzelkämpfer-Aktionen

Student Hajo Mulsow vor der Bochumer Mensa bei der Schaffung bewußtseinsverändernder Fakten im Kampf gegen Rainer Maria Barzel.

Protestes heute

Materieller Protest durch exemplarisch-massenhafte Aktionen



Studenten und Schüler versuchen eine Versammlung von Neofaschisten in der Graf-Engelbert-Schule zu verhindern. (Leider zeitigte auch diese Alternative keine greifbaren Erfolge.)

Olympia

Schreibmaschinen
Sonderangebote, Miete, Mietkauf
WYWIAS-Bochum-Südring 19

Von anderen Hochschulen

Seite 2

Die Ketzer antworten

Seite 3

Keine Preise mehr für Kritiker

Seite 4

Das Buch des Monats



Seite 4

Theater: Kein Prozeß in Bochum

Seite 5

Film: Politische Knebel für Fungfilmer

Seite 5

Durst löscht man mit Schlegel



IMMER wenn's um Geld geht...

SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

Urabstimmung bestätigt Reformsatzung des OSI

Nach dem Vorschaltgesetz, das es ermöglichte, die neue Satzung des Otto-Suhr-Instituts bereits im Wintersemester zu praktizieren, war eine Urabstimmung über diese Satzung notwendig geworden. Alle Gruppen am Otto-Suhr-Institut sprachen sich für die Beibehaltung der Satzung aus, die Abschaffung des Ordinariensystems und drittelparitätische Besetzung des Institutsrates beinhaltet.

Vor der Abstimmung deutete der geschäftsführende Institutsdirektor Ansprenger an, möglicherweise sei durch die Satzung im Wintersemester die wissenschaftliche Arbeit zumindest erschwert worden. Dr. Lösche, der Vorsitzende des Insti-

tutsrats wies demgegenüber auf die positiven Errungenschaften hin, nämlich Kontrollierbarkeit aller Entscheidungen und Politisierung der verschiedenen Gruppen am Otto-Suhr-Institut.

Trotz wiederholt geäußelter Skepsis brachte die Ende letzter Woche durchgeführte dreitägige schriftliche Urabstimmung in allen Gruppen am Otto-Suhr-Institut die erforderliche absolute Mehrheit für die Reformsatzung, 8 von 13 Professoren, 38 von 43 Angehörigen des Mittelbaus, 626 der rund 1100 Politologiestudenten sowie die große Mehrheit des Personals stimmten für Beibehaltung der Satzung.

Westermann

Nicht nur für Männer!



Für alle Kenner

FLIEGE PILS

BRÄUER HORTZ FLIEGE BOCHUM SEIT 1879

Polizeiaktionen und Tumulte

Veto-Recht abgewürgt

■ Mannheim

Die relativ fortschrittliche Satzung sah für Studenten und Assistenten zwar keine drittelparitätische Beteiligung im Senat, dafür aber ein Vetorecht vor. Diese Punkte der neuen Universitätssatzung wurden durch eine im Eilverfahren ergangene einstweilige Verfügung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg außer Kraft gesetzt. Wegen des nicht der Universitätsverfassung konformen Abstimmungsverfahrens über die neue Satzung beantragte ein Ordinarius für öffentliches Recht die einstweilige Verfügung. Rektor Grünter und Prorektor Wildenmann zogen die Konsequenzen und traten von ihren Ämtern zurück. Die Studenten beschlossen in einer Urabstimmung, so lange zu streiken, bis das Kultusministerium ihre Satzung genehmigt hätte.

Mit Arbeitern

■ Marburg

Im Sommersemester werden erstmals an einer Hochschule in der Bundesrepublik Studenten und Industriearbeiter gemeinsam an einer Lehrveranstaltung teilnehmen, und zwar an einem Kolloquium über „Mitbestimmung in Wirtschaft und Staat“, wie Werner Hofmann, Direktor des Soziologischen Seminars, ankündigte. Es haben sich bereits 25 Arbeiter dafür angemeldet.

Turbulente Aktionen im ‚Philosophenturm‘

■ Hamburg

Die Streikzentrale der Hamburger Studenten, das von ihnen besetzte und nach dem marxistischen Psychoanalytiker Wilhelm Reich umbenannte Psychologische Seminar, wurde auf Beschluß des Rektors in der Nacht vom 3. auf den 4. Februar von der Polizei geräumt. Die Polizisten nahmen 19 Personen vorübergehend fest.

Eine auf Mittwoch angesetzte große Demonstration in der Innenstadt war von der Polizei kurzfristig verboten worden. Bei nur zwei Gegenstimmen beschlossen 3000 Studenten in einer Vollversammlung, sie dennoch gewaltlos durchzuführen. Es gelang ihnen auch, die Polizeiabsperrungen zu umgehen und vor dem Rathaus zu demonstrieren. Anschließend besetzten sie das Foyer des Philosophenturmes und versuchten in das von 15 Polizeibeamten mit einem Feuerwehrschauch verteidigte Psychologische Seminar zu gelangen.

Nach einem turbulenten Knüppel-einsatz Uniformierter im Foyer zogen die Polizisten zunächst ab, kehrten in den frühen Morgenstunden jedoch zurück und besetzten erneut das Seminar. Am Freitag zogen nach einem fünfständigen teach-in im überfüllten Audimax 600 Studenten zum Rektorat. Vom Pfortner zunächst nicht eingelassen, brachen sie die Tür auf und fotokopierten Akten.

Starker RCDS

■ Münster

Bei den Wahlen zum Studentenparlament errang die linke „Aktions Demokratische Universität“ 11, der RCDS 7 der insgesamt 27 Sitze. Gemeinsam mit sympathisierenden Unabhängigen dürfte das CDU-Jungvolk jedoch fast an die absolute Mehrheit herankommen.

Ein Tausender pro Monat für Studenten

■ Frankfurt

Die Zivilkammer des Landgerichts sprach einem 20jährigen Jurastudenten einen Monatswechsel von 1050 Mark zu. Die geschiedenen Eltern wurden bei einem Monatsverdienst von 5000 bzw. 3000 Mark zu dieser Zahlung verpflichtet, damit der Sohn — so die Begründung — „in angemessenem Rahmen leben kann, wobei es nicht darauf ankommt, daß die weit überwiegende Mehrheit der Eltern im Bundesgebiet ihren Kindern ein derartiges Leben nicht ermöglichen kann“.

Rücktritt wegen Drittelparität

■ Darmstadt

Das Direktorium der Technischen Hochschule, bestehend aus Rektor Brader sowie den Prorektoren Rohmert und Schult, gab am Freitag seinen Rücktritt bekannt. Der Große Senat hatte ihren Vorschlag für eine Umgestaltung der Struktur des Senats abgelehnt und statt dessen ein drittelparitätisches Modell beschlossen. Der Senat wird sich zukünftig aus je 36 Hochschullehrern, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten sowie zwölf nichtwissenschaftlichen Hochschulangehörigen zusammensetzen. Die Direktoriumsmitglieder begründeten ihren Rücktritt damit, daß der Große Senat sich für einen Weg der weiteren Hochschulreform entschieden hätte, den sie nicht vertreten könnten.



Die Berliner Polizei beherrscht ihr Handwerk: ein Foto von der Nirurand-Demonstration vom 27. Januar.

SDS-Räume durchsucht

■ Frankfurt

Mit einem Durchsuchungsbefehl wegen Beleidigung, Verleumdung und Mittäterschaft an Verfassungsverrat rückte am Montag die Poli-

zei gegen die Büroräume des SDS-Bundesvorstandes in Frankfurt vor. Zweck der Aktion war es, nach Plakaten zu forschen, auf denen der SDS Beamte des für Staatsschutz zuständigen 18. Kommissariats abgebildet hatte. Bei der Durchsuchungsaktion wurden auch Räume des auf dem gleichen Stockwerk liegenden Verlags „Neue Kritik“ aufgebrochen. Außerdem durchsuchte man auch die Räume der „Republikanischen Hilfe“ und eine Druckerei in Frankfurt. Die Plakate wurden nicht gefunden. Gleichzeitig erklärte der SDS, daß er die Bilder der Beamten des 18. K. auch weiterhin als Schutzmaßnahme veröffentlichen werde. Er werde aufgrund der Durchsuchung Anzeige wegen Nötigung erstatten.

Rektorat besetzt

■ Gießen

Nachdem der Große Senat drittelparitätische Besetzung der universitären Entscheidungsgremien abgelehnt hatte, besetzten knapp 30 Studenten in einer spontanen Aktion das Rektorat.

Knapper linker Sieg

■ Erlangen

Die linken Studentengruppen errangen bei den Wahlen zum Studentenparlament mit 19 von 36 Sitzen den denkbar knappsten Erfolg. 15 Mandate fielen an eine der CSU nahestehende Listenverbindung.

Es bleibt beim alten

■ Freiburg

Aus den Wahlen zum Studentenrat gingen die Gruppen, die schon bisher den AstA bildeten, als Sieger hervor. Die „Kritische Aktion unabhängiger Studenten“ und „Demokratische Mitte“ (RCDS) liefen mit 19 Mandaten die Linken (SDS-HSU sechs, SHB vier) weit hinter sich und werden auch den neuen AstA stellen. Gleichzeitig sprachen sich bei einer Urabstimmung 63% der Wählenden (Wahlbeteiligung 53%) für einen Streik am 3. 2. gegen den baden-württembergischen Hochschulgesamtsplan aus.

Tagt der Senat bald öffentlich?

Seit dem Go-in ist die Frage der Öffentlichkeit der Sitzungen auf der Tagesordnung des Senats. Nachdem der Antrag auf aktive Öffentlichkeit zunächst abgelehnt worden war und dafür eine lächerliche „Öffentliche Fragestunde“ angeboten worden war, legte jetzt die Verfassungskommission dem Senat einen Vorschlag zur Änderung der Verfassung vor, der die Öffentlichkeit des Senats herstellen soll.

Mit Biedenkopfs Argument, daß ein öffentlich tagender Senat eine andere Funktion habe als ein nichtöffentlicher, versucht die Vorlage, die Zuständigkeit des Senats auf rein legislative Funktionen zu beschränken. Naturgemäß bekäme dann der Rektor mehr Kompetenzen, was einer Vornahme von Biedenkopfs Landesrektoren-Exekutive mit seiner starken Entwürfe entspräche.

Außerdem sieht der Entwurf vor, daß der Senat nicht mehr vom Rektor geleitet wird, sondern von einem Senatsvorsitzenden. Das war auch nach Meinung der Studenten über Biedenkopfs Vorsitz längst nötig.

Die Beschränkung der Senatszuständigkeit wurde von den Studenten jedoch als unnötig und gefährlich abgelehnt. Da der Senat noch nicht entschieden wollte, wurde die Vorlage insoweit vertagt, um in den Fakultäten diskutiert zu werden. Sie soll in eine Sondersitzung im April gebracht werden.

Ende April wird der Konvent zusammentreten und darüber entscheiden, gleichzeitig über eine Änderung des § 39, die die Öffentlichkeit von Fakultäts-sitzungen erleichtern soll, und über den Senatsbeschluß vom 6. 1., statt 2 je 4 Vertretern der Studentenschaft Stimmrecht im Senat zu geben.

Historikersatzung in der Fakultät

Am 5. 2. legte die Reformkommission der Abt. IV der Abteilungsvollversammlung den endgültigen Satzungsentwurf vor, der trotz mancher Mängel (z. B. integrierte Wahl in den Fachbereichsrat, Ausklammerung des imperativen Mandats) von der AVV als „großer Schritt auf dem Wege zur Demokratisierung der Hochschule“ begrüßt wurde.

Die Fakultät wurde aufgefordert, den Entwurf in außerordentlicher Sitzung zu beraten und anzunehmen. Die erste a. o. Fakultäts-sitzung fand am letzten Samstag statt. Ihr relativ positiver Verlauf ist wohl zu einem nicht geringen Teil Herrn Köllmann zu verdanken, den eine Grippe ans Bett gefesselt hatte. Sein telefonisch eingebrachtes Argument, man könne die neue Satzung zwar erproben, aber die traditionellen Entscheidungsgremien müßten an der Macht bleiben — also eine Art Sandkastenspiel — fand in der Fakultät keine Gegenliebe.

Trotzdem war nicht zu übersehen, daß viele Professoren nicht auf ihre „Rechte und Pflichten“ verzichten wollen. Die Diskussion wird sich über die ganzen Semesterferien hinziehen. Ob sie zu einem positiven Ende kommt, ist mehr als zweifelhaft. —ne

Hochschulordnung angenommen

Mit überwältigender Mehrheit verabschiedete der Senat die Hochschulordnung, die die Studentenschaftskommission als Gegenvorschlag zum Entwurf des KuMi und dem des Rektors vorgelegt hatte. Die Senatoren der Abt. VI und VII (Jura und Wiwi) stimmten dagegen; die Juristen wollen sogar ein Sondervotum an den KuMi weiterleiten, weil sie die Verbindung von (rein präventiven) Maßnahmen mit Konfliktlösungsversuchen ablehnen. Dadurch wird voraussichtlich die Genehmigung im KM torpediert. Die KMK hatte schon vorher ein scharfes bundesweites Ordnungsrecht angekündigt. Senator Maurer (Abt. V): Gerade jetzt muß unsere HO als Wille des Senats beschlossen werden.

coop zeigt was der KONSUM bietet: Apfeltronen und Haarspray



- * in Fleischläden
- * Schweinenacken ein saftiger Braten 500 g **2,98**
- * Stielkotelett zart, saftig 500 g **2,98**
- Gek. Vorderschinken mager, herzhaft 100 g **-,69**
- Kabeljau ohne Kopf frisch von der See in Läden mit Frischfischverkauf 500 g **1,38**
- Tulpen ein prächtiger Zimmerschmuck 5 Stück **1,85**
- Holl. Hähnchen gefroren Handelsklasse A delikat und vollfleischig 750 g, Stück **2,98**
- Fertig-Suppen Markenqualität in 5 Geschmacksrichtungen 3 Dosen à 330 g **1,98**
- Gemüse-Erbesen zarte, schmackhafte Qualität 1/2 Dose **-,69**
- Franz. Sekt „Marquis de Florimont“ lieblich süß, spritzig und vollstoffig 1/2 Flasche inkl. Steuer **4,95**
- Apfel-Streuselkuchen rund, frisch aus unserer Konditorei **1,75**
- Form-Haarspray Qualität wird garantiert! Der Preis ist ungewöhnlich niedrig 18-oz.-Dose **1,48**

Närrisches Treiben für Sie im **KONSUM** DORTMUND

Auf diese günstigen Angebote erhalten Mitglieder noch Rückvergütung!

Ihre Kommilitonen können es bestätigen...

Reparaturen an allen Autos

gut schnell preiswert



C. M. Schötteldreier

4630 BOCHUM
Herner Straße 107
Telefon 1 43 36

Service Verkauf Ersatzteillager

Wir reparieren - und tauschen nicht nur aus!

Wohngeld für Studenten Prozeß klärt Rechtslage

Ein Aachener Kommilitone klagte erfolgreich gegen die Stadt. Ihm ging es um die Gewährung von Wohngeld - dem gesetzlichen Zuschuß zu den Mietkosten, wenn diese eine unzumutbare Höhe erreichen. Das OVG Münster entschied jetzt in letzter Instanz, daß die Aachener tatsächlich in bestimmten Fällen das Wohngeld bewilligen müssen. Bisher galten Studenten prinzipiell als vorübergehend abwesende Mitglieder des elterlichen Haushalts und mußten deshalb nach § 26 des Wohngeldgesetzes abgewiesen werden. Außerdem wurde ihnen das Stipendium nach dem Honnefer Modell - so sie in die Förderung kamen - zum Quasi-Einkommen hinzugerechnet. Der Aachener machte jedoch glaubhaft, daß er seit Aufnahme des Studiums praktisch ununterbrochen am Hochschulort gelebt hatte und auch in den Semesterferien nicht nach Hause gefahren war. Auch die finanzielle Unterstützung durch die Eltern sei hinreichend, da er sich durch das Honnefer Modell und durch Werkarbeit praktisch selbst ernähre.

Dieses erkannte das OVG an. Zwar bestätigte es die Behördenpraxis, daß auch Studenten in höheren Semestern noch zum elterlichen Haushalt zu rechnen seien. Aber es komme im Einzelfall auf die konkreten Umstände an, ob nicht der Student de facto einen unabhängigen Haushalt führe. Im Urteil ist besonders wichtig, daß die Honnefer-Förderung als keine dem Wohngeld vergleichbare Leistung anzusehen sei. Das Honnefer Modell sei ein Beitrag zum Studium, nicht aber zum Wohnen. Gerade diese Gruppe von Studierenden wird also erhöhte Aussichten auf die Gewährung des Wohngeld haben, denn durch die Honnefer-Förderung wird ja anerkannt, daß dem elterlichen Haushalt die Studienkosten nicht aufgebürdet werden können. Es muß allerdings festgehalten werden, daß der Aachener Student verheiratet war und daß das Gericht vor allem deshalb die Voraussetzungen für die Gewährung des Wohngeldes für gegeben ansah. Trotzdem sollte jeder Student einen Versuch wagen.

Demonstrationen gegen Barzel und die NPD

Fortsetzung von Seite 1

Über 300 Schüler und Studenten bildeten vor den Eingängen des Gymnasiums an der Königsallee Ketten, um die Neofaschisten-Versammlung in der Schule zu verhindern. Wütend stürmten die nationalen Männer, unter ihnen Bilderbuch-Gestalten in klassischer Tegernseer Tracht, gegen die Ketten an. Dabei wurden auch Schlagringe, unter Taschentüchern verborgen, angewandt. Dennoch wäre das NPD-Meeting wohl geplatzt, hätten die massenhaft aufmarschierten Polizisten, im Gegensatz zu ihrem Auftrag, nur die Schule zu schützen, den braunen Männern nicht hier und da durch Hintertüren Einlaß verschafft. Im übrigen beschränkte sich die Polizei darauf, Steinwerfer zu ermitteln (zwei Scheiben gingen zu Bruch). Der NPD-Landesvorsitzende war über das Auftreten der Demonstranten nicht ärgerlich. War es seiner Partei doch nicht gelungen, den Saal zu füllen oder Bochumer Bürger in größerem Umfang herbeizulocken, so versprach er sich jetzt einiges an Publizität. In der

Tat beschränkten sich die Bochumer Blätter darauf, ob der angelegliche Student, der angeblich mit einer Flasche in der Hand gesehen wurde, möglicherweise einen Molotow-Cocktail werfen wollte. NPD-Leute wurden nur beschrieben, als sie sich „den Weg in die Aula buchstäblich durch Studenten und Schüler erkämpfen mußten“. Vom Inhalt der nationalen Versammlung kein Wort. Vielleicht fand man eine Sammlung aus dem reichen Zitatenschatz faschistischer Borniertheit wenig aufregend, kann man doch Ähnliches ebenso in einschlägigen CDU-Kreisen hören und teilt auch Helmut Schmidt die NPD-Ansicht, Studenten sollten lieber etwas Anständiges studieren, nicht Soziologie, Politologie oder Psychologie. Dennoch war es eindrucksvoll, die Oberlehrerargumente eines Herrn Mörs aus Köln zu hören: „Die Kriminalität wächst unaufhaltsam und da wollen Leute wie Heilmann das Strafrecht zur Pädagogik abqualifizieren. Systematisch wird so unter dem Deckmantel der Demo-

kratie die Autorität untergraben.“ Besonders empörend fand es der Herr, der gegen die „Resozialisierung“ zu Felde zog, daß in Hannover ein Oberbürgermeister mit Strafgefangenen über kommunale Probleme diskutiert habe und daß in einigen Zellen sogar Transistor-Radios installiert werden sollten. Eindrucksvoll war auch, die geschickten Manager dieser wohl am stärksten organisierten Partei (reden darf nur, wer geschult ist und einen Rednerausweis besitzt) zu erleben: „Wir sind auch gegen den Faschismus. Deshalb sind wir gegen die CDU. Wir haben in unseren Reihen keine NS-Größen vom Range Kiesingers.“ Oder: „Wir wollen einem Mann wie Strauß auch keine Atomwaffen in die Hände geben. Deshalb sind wir für eine europäische Atomstreitmacht.“ Generalstabsmäßig hatte sich die NPD, bevor sie die Pforten zur Kundgebung öffnete und von APO-Leuten 2 Mark kassierte, auf das Zusammentreffen mit den Leuten, „die immer frecher den roten Dreckschlappen zeigen“ vorbereitet: Starke Männer in die 1. Reihe, Frauen und Kinder in die 2. Reihe, wobei Männer den Flankenschutz übernehmen. „Wer von den Roten

herkommt und kriegt von den Saalordnern eins auf den Kopf, ist ja immer ein Unfall, wollt. Hat ja auch nichts zu suchen hier. Hat jemand ne Flasche dabei für die Redner? ... Nein, nicht zum Schlagen, zum Trinken.“



Die Polizei als Freund und Helfer eines nationalen Herren an einem Nebeneingang der Graf-Engelbert-Schule.

Offener Brief

an die Evangelische Kirche von Westfalen

Sehr geehrter Herr Präses Thimmel!

Als damaliger Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen hat Herr D. Ernst Wilm nach einem Bericht in den „Ruhr-Nachrichten“ vom 2. 1. 1969 Äußerungen gemacht, die uns direkt betreffen und wegen ihrer Ungeheuerlichkeit nicht un widersprochen bleiben dürfen. Nach diesem Bericht „beklagt“ Herr D. Ernst Wilm „das Wachsen von Irrlehren in der evangelischen Kirche“ und bezieht sich dabei besonders auf einen „vor allem an der Universität Bochum vertretenen Theologenkreis“, zu dessen Lehre die Kirchenleitung (im Zitat des Berichtes „wir“) „nein und abermals nein sagen“ müsse. Präses D. Wilm „ruft die große Zahl der Theologiestudenten, die sich zu der ‚neuen‘ Theologie bekennen, auf, ‚diesen Lehren abzuzagen‘.“ Gleichzeitig „bedauert“ er, „Vertretern der ‚neuen‘ Theologie die Zustimmung zur Tätigkeit an Universitäten oder in der Kirche gegeben zu haben“ und „sieht keine Möglichkeit, in Zukunft Vertretern der ‚neuen‘ Theologie in der Kirche und an den Universitäten einen Platz als Amtsträger zuzubilligen.“ Mit den wachsenden Irrlehren, die besonders von einem Bochumer Theologenkreis vertreten werden, sind offensichtlich Positionen innerhalb der wissenschaftlichen Theologie gemeint. Wissenschaftlicher Arbeit aber kann man nicht „absagen“, wie das hier der Einfachheit halber gefordert wird. Ob eine Theologie auf dem Holzweg ist, muß sich in sachlicher, also wissenschaftlicher Auseinandersetzung mit ihr erweisen. Wir müssen uns aber entschieden vor einer autoritären Verkettung jeder Theologie verwahren. Die Aufforderung an uns, einer theologischen Lehrmeinung „abzuzagen“, widerspricht dem Sinn unseres wissenschaftlichen Studiums und muß von uns als unsachlicher Eingriff in unsere Arbeit entschieden zurückgewiesen werden. Die mit dieser Aufforderung verbundene Drohung, uns nicht in den kirchlichen Dienst aufzunehmen, wenn wir die von Herrn D. Wilm gemeinte „neue“ Theologie gar für richtig halten, macht ein erschreckend autoritäres Denken sichtbar. Hier wird von der Kirchenleitung mit dem Einsatz der ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln gedroht, wo allein eine sachliche Auseinandersetzung am Platze ist und weiterführen kann. Sollte dies in Zukunft die Verfahrensweise der Kirche sein, mit ihr unabweisbar theologischen Lehrmeinungen fertig zu werden, dann sei darauf hingewiesen, daß nicht nur die Theologen auf die Kirche angewiesen sind, sondern daß die Kirche ihrerseits auch auf die Theologen angewiesen ist.

Die Fachschaft Evangelische Theologie Bochum

Up up and away...

Der Senat der Universität Kiel, so las man letzte Woche, habe aus Furcht vor den Studenten, die Öffentlichkeit der Senatssitzungen verlangen, seine Sitzung kurzerhand aus Renommeeatomschiff „Otto Hahn“ verlegt. Auf hoher See läßt sich unbehellig kunkeln, es sei denn, der Kieler ASTA chartert für die nächste Senatssitzung einen Ausflugsdampfer und rüstet sich mit Enterhaken aus. Die Kieler Idee hat uns nicht ruhen lassen. Da wir bereit sind, gegen ein kleines Entgelt von seiten des Rektors künftig in allen Fragen konstruktiv mitzuarbeiten, möchten wir nicht versäumen, unsere Vorschläge zur Absicherung gefährdeter Sitzungen zu unterbreiten.

Vorschlag 1: Der Senat der RUB möge künftig auf der tiefsten Sohle



einer stillgelegten Zeche tagen und, wenn er unten ist, die Förderseile kappen; Vorschlag 2: Der Rektor lasse aus allen Gummiklauseln deutscher Hochschul- und anderer Gesetze einen Ballon nähen, blase ihn mit einigen seiner eigenen Reformvorschlüsse auf und lasse sich samt Senat in die Wolken tragen. Durch Abwurf der studentischen Senatsmitglieder ließe sich der Auftrieb steigern. Da wäre endlich Ruhe und Raum, die drängenden Probleme in einer „leidenschaftslosen und sachlichen Atmosphäre“ zu diskutieren. Lombard Scanti

Schlamm...

William Schlamm, Kolumnist von Springers Gnaden, offeriert in der letzten WamS-Ausgabe ein neues Allheilmittel zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Er ruft zur Selbstjustiz der Apolitischen und Rechten auf, die dazu unter staatlichen Druck gesetzt werden sollen: Die Landesregierung fordert „die Studentenschaft selbst auf, für Gesetz und Ordnung an ihrer Universität zu sorgen. Die Landesregierung weiß..., daß die Mehrheit der Studenten, wenn sie nur will, durchaus über die Mittel verfügt, Gesetz und Ordnung an der Universität mit eigenen Kräften zu schützen. Die Landesregierung gibt deshalb der autonomen Studentenschaft vier Wochen Zeit, autonom zu handeln. Sollte die studentische Mehrheit zur Autonomie unfähig oder unwillig sein, dann wird die Universität für dieses Jahr gesperrt.“ -sel

...ver-Sickert

Walter Sickert, Vorsitzender des Berliner DGB, gibt sich alle Mühe, in der DGB-Funktionärszeitschrift „Freies Wort“ eine Pogromstimmung gegen die Außerparlamentarische Opposition zu schüren. In einem von Sickert verfaßten Leitartikel unter der Überschrift „Stoppt die Terroristen!“ heißt es: „Wir warnen die Krawallmacher, die sich ein neues Mal nach der bekannten Charakterisierung von Prof. Habermas als „rote Faschisten“ erwiesen haben, mit aller Deutlichkeit. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer des freien Berlin werden es nicht zulassen, daß ihre jahrzehntelange Aufbauarbeit durch revolutionäre Gewalttäter gefährdet wird und daß gegen die Häuser von Arbeiterorganisationen verbrecherische Gewaltakte ausgeübt werden. Das Maß ist jetzt voll.“



Die CDU hat die Mensa erstürmt - die Studenten stehen draußen.

Marxistischer Lehrstuhl

An der TU Berlin wollen Studenten der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung im Sommersemester einen Professor für marxistische Volkswirtschaftslehre um Hilfe bitten, nachdem die Fakultät den studentischen Antrag auf Einrichtung eines marxistischen Lehrstuhls im Bereich der Volkswirtschaftslehre abgelehnt habe. TU-Studenten haben bereits drei Diskussionsabende mit dem Ostberliner Professor Dieter Klein veranstaltet.

NRW-Hochschulgesetz bald im Landtag

Nachdem Regierungspräsident Kühn noch letzte Woche erklärt hatte, er wolle die im Sommer zu erwartenden Reformvorschläge der Westdeutschen Rektorenkonferenz nicht abwarten, wurde am vergangenen Montag der Gesetzentwurf des NRW-Kultusministers Holthoff erstmals in den Fraktionen der SPD und der FDP beraten. Der Entwurf sieht eine Gliederung der Hochschule in Konvent, Senat und Fachbereiche vor. Dabei soll die endgültige Zusammensetzung des Konvents noch zwischen den Koalitionspartnern ausgehandelt werden. Im SPD-Arbeitskreis ist ein Verhältnis von 40 Prozent Professoren, 20 Prozent Assistenten, 20 Prozent Studenten und 20 Pro-

zent Vertretern des nichtwissenschaftlichen Personals vorgesehen. Der Konvent, der aus mindestens 120 Mitgliedern besteht, soll künftig den Senat und den Rektor wählen. Volle Autonomie der Hochschule ist nicht geplant, allerdings soll sich die Aufsicht des Kultusministers auf „Grundsatzfragen“ beschränken. Eine Mehrheit in der SPD scheint geneigt, die Zwangsmitgliedschaft in den Studentenschaften aufzuheben. Am 22. April wird der Entwurf dem Landtag zugeleitet. Inzwischen kündigt sich bereits der Widerstand der Studenten gegen dieses Gesetz an.

Die echte
GAULOISES
CAPORAL
20 CIGARETTES
aus Frankreich 20 Stück DM 1,80 (auch mit Filter DM 1,85)

Helmut Schmidt bei Biedenkopf

Klammheimlich gab Helmut Schmidt dem amtierenden Rektor sein Stelldechein. Das sickerte jedoch in letzter Minute durch, so daß auch einige SDSler zur Begrüßung ihres ehemaligen Bundesvorsitzenden zur Stelle waren. Schmidt wollte von den Vertretern der Universität selbst hören, wie es um sie stehe und was der Bund zu ihrer Genesung beitragen könne. Jedoch auf interne Informationen aus der Universität, wie sie der SDS beitragen wollte, war Schmidt nicht sonderlich erpicht. Ihm ging es lediglich um Kompetenzen, die der Bund besser den Ländern abnehme. Einer inhaltlichen Diskussion, wie sie von den anwesenden SDS-Mitgliedern bestritten wurde, konnte der Fraktionsführer der SPD nicht folgen, ja gab sogar seinen Mangel an theoretischer Reflexion offen zu. Er plädierte unter anderem für eine ausgedehntere Wehrwissenschaft und verstand nicht, wie Studenten in Hamburg den Grafen Baudissin („den ich persönlich hochschätze... das ist ein Mann!“) auspfeifen konnten. Auf deutschem Boden produziere die Bundesrepublik keine Atomwaffen, aber für Südafrika wollte Schmidt sich nicht festlegen. Daß die Wissenschaft Magd der Wirtschaft zu sein habe, sei nur die persönliche Ansicht des kapitalintensive Wissenschaften fördernden Bundeswissenschaftsministers. Schmidt wollte nicht fassen, daß dieser eben wegen solcher Präferenzen überhaupt für seinen Posten sich als geeignet erwies.

In allen Geldfragen
Bank für Gemeinwirtschaft
Niederlassung Bochum · 463 Bochum, Huestraße 30 · Telefon 60701-10
Zweigstellen: Gerthe, Hofstede, Langendreer

In Zukunft keine Preise mehr für Kritiker

Die Affäre Kühn-Wallraff

„Dieser Wallraff ist ein Ärgernis. Kein gemachtes, kein manipuliertes. Er ist ein echtes Ärgernis“, so beschrieb Max von der Grün seinen Kollegen aus der Gruppe 61. Der gleichen Meinung waren Gewerkschaftsbesitzer und Unternehmerverbände, die Wallraff, den engagierten Dokumentaristen, mit Verwünschungen und Anzeigen überschütteten, allerdings ohne ihn je einer faktischen Unwahrheit überführen zu können.

Unter der Hiobsbotschaft „Wallraff was here“ schrieb er für Pardon, was er unter den verschiedensten Verkleidungen als „Arbeitsloser“ in deutschen Arbeitsämtern, als „Napalmfabrikant“ bei katholischen Theologen, als „Säufer“ in einer Trinkerheilanstalt, als „Wahlhelfer“ bei der SPD, als „Nazi“ und „Kommunist“ bei Personalchefs, als „Spitzel“ beim Verfassungsschutz erlebte. Als der „Ministerialrat Kröver“ in Erfahrung brachte, daß Großunternehmer sich unter dem Deckmantel des Zivilschutzes bewaffnete Werkschutzabteilungen zur Streikbekämpfung geschaffen hatten, mobilisierte er damit gleichermaßen Unternehmer, Gewerkschaften und Innenministerium. Das Innenministerium stellte angesichts des von Wallraff entdeckten Verfassungsvergehens auch prompt Strafantrag — gegen Wallraff wegen „Amtsanmaßung“.

Die Obrigkeit war dem Journalisten, der die Differenz von Verfassungsanspruch und bundesdeutscher Wirklichkeit dokumentarisch zu belegen verstand, nie gewogen. Freilich, hierzulande hat man im Umgang mit Kritikern von Heine bis Dutschke beträchtliche Erfahrung.

Es verwunderte daher manchen, daß im vorigen November Günter Wallraff der Förderungspreis zum großen Kunstpreis für Literatur des Landes Nordrhein-Westfalen zuerkannt wurde. Die Jury, bestehend aus dem Stadtbüchereidirektor Otto Eugen Lacour aus Krefeld, dem Literaturkritiker Jürgen Wallmann und dem Journalisten Dieter Schmidt, erachtete den Preisträger für würdig, weil er ungeschminkt

und sprachlich originell in seinen Industriereportagen (unter dem Buchtitel „Wir brauchen Dich“ bei Rütten & Loening erschienen) etwas über die Arbeiter in den Fabriken geschrieben hatte. Sofort versuchten Industrie und auch Gewerkschaften, in deren Publikationen Wallraff nur noch unter Pseudonym schreiben darf, seit er das Verhalten von DGB-Bossen schilderte, die Preisverleihung zu verhindern. „Besonders die Industrie fühlte sich durch ihn hart getroffen“, erinnerte sich Literaturkritiker Wallmann. Dennoch geschah es, daß der Staat einen Schriftsteller ehrte, der wegen seiner beharrlichen Schilderung verfassungsfeindlicher Praxis, von der Obrigkeit kaum als liberales Alibi benutzt werden konnte. Ein Versehen? Am 5. Dezember 68 richtete die Staatskanzlei in Düsseldorf an das Kultusministerium ein vertrauliches Schreiben, in dem es heißt, daß gegen den Träger des Förderungspreises zum Großen Kunstpreis für Literatur des Landes Nordrhein-Westfalen, Hans Günther Wallraff, dem Vernehmen nach Verfahren wegen Staatsgefährdung, Amtsanmaßung und Verbreitung unzüchtiger Schriften liefen. (Zur Illustration: Staatsgefährdung weil sein Buch „Wir brauchen Dich“ auch in kommunistischen Ländern verlegt wird, „Amtsanmaßung“ wegen seines

„Kröver“ und „Verbreitung unzüchtiger Schriften“, weil er vor zwei Jahren zwei Henry-Miller-Bücher aus Amsterdam mitgebracht hatte.) Die Staatskanzlei fragte, ob dem Dreierausschuß, der Wallraff als Preisträger ausgewählt hatte, „das politische Verhalten des Preisträgers bekannt war, und ob er seine Empfehlung in Kenntnis dieses Sachverhalts ausgesprochen hat.“ Im Januar wollte der rheinische CDU-Chef Konrad Grundmann im Hohen Hause wissen, weshalb das Land einen hochdotierten Kulturpreis einem Mann verleihe, der „nicht nur höchst zweifelhafte Methoden beim Recherchieren“ angewandt habe, „sondern dessen Verhältnis zu unserer Demokratie, um es gelinde auszudrücken, äußerst fragwürdig ist.“

Heinz Kühn, der sich aus Wahlkampfründen zur Zeit autoritär geriert (seine Bonner Kollegen plädieren für Schutzhaft, um dem aus rechtsradikalen Quellen gespeisten „Vorurteil vieler Deutschen, es komme darauf an, die Kriminellen „auszumerzen“, anstatt die gesellschaftlichen Ursachen der Kriminalität zu beseitigen, entgegenzukommen), Heinz Kühn, der protestierende Studenten vom Studium ausschließen möchte, tappte prompt in die Falle der CDU, der es mißfiel, daß Kühns obrigkeitliches Landesvatergebaren das eigene Wählerpotential schmälerte.

FAIR PLAY

mild auf der Zunge
würzig im Geschmack
männlich im Aroma

Cavendish 50 g 2,50
Medium 50 g 3,00



Preifenmodell 54 aus dem Hause OLDENKOTT

verhalten zu vergeben, schockiert, solidarisierten sich Schriftsteller wie Günter Graß mit Wallraff. Heinrich Böll hat in der vergangenen Woche in einem Telegramm an Kühn angekündigt, er werde seinen Sitz in der Jury für den Großen Staatspreis niederlegen, wenn Wallraff nicht uneingeschränkt rehabilitiert werde.

Wallraff, der die ausgesetzten 6000 Mark für Recherchen zu neuen Dokumentationen verwenden wollte, hat dem Ministerpräsidenten mitgeteilt, er werde das Geld in Raten zurückzahlen.

Eine besondere Pikanterie lieferte Kühn obendrein, als er erklärte, er habe von Wallraff noch keine Zeile gelesen. Demzufolge wußte er auch nicht, daß sich Wallraff niemals gegen die, wie es heißt, „freiheitliche Grundordnung“ gewandt hat, es sei denn, man verwechselt die von ihm dargestellten Mißstände mit der Staatsraison. Groteskerweise aber gehörte Kühn selbst zu den Juroren, die im vergangenen Jahr den „Großen Kunstpreis“ (Dotierung 25 000 Mark) an den DDR-Schriftsteller Peter Huchel verliehen.

Kühn hat einmal mehr bewiesen, daß jene Partei der Ebert, Noske, Wehner, Schütz im Buhlen um Wählergunst bedenkenlos die Restaurierung des autoritären Obrigkeitsstaates betreibt. Wen würde es noch wundern, wenn die SPD den Rat des Wallraff-Jurors Schmidt beherzigte: „Am besten sollte die Preisverleihung gleich der Verfassungsschutz übernehmen!“



„Habt ihr auch staatstreue Westen, he?“ (aus: Ruhr-Nachrichten)

Vor dem Parlament erklärte er, er habe Anweisung gegeben, daß künftig bei allen Trägern des Kunstpreises nicht nur fachliche Bewertung stattfinden solle, sondern, daß auch ihre „Verwurzelung in unserer freiheitlich-demokratischen Gesellschaft“ geprüft werde. Der Schuß ging nach hinten los. Von der Anknüpfung, künftig nur noch Preise für politisches Wohl-

WESTFALENBANK

IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität Lennerhofstr. 70 Tel.: 511315

Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25

vds-Ehmann zurückgetreten

Nachdem im Januar bereits die drei stellvertretenden vds-Vorsitzenden zurückgetreten waren, erklärte vor einer Woche auch der Vorsitzende, Christoph Ehmann, seinen Rücktritt. Seine Entscheidung motivierte er damit, daß es über die Aufgabenstellung und über die Politik des vds zu Differenzen zwischen der Mehrheit des Delegiertenrates und ihm gekommen sei. Der Delegiertenrat ist zwischen den jährlich stattfindenden Vollversammlungen das legislative Gremium des Verbandes. Er hat inzwischen die ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden mit der kommissarischen Weiterführung der Geschäfte bis zur nächsten VV im März betraut, während Ehmann sofort aus der Verbandsspitze ausscheidet. Die Auseinandersetzungen im vds charakterisieren die Lage in der APO überhaupt: Ehmann sieht die Gefahr der Zersplitterung des Verbandes. Allerdings ist auch er der Ansicht, eine Organisationsreform im vds sei unumgänglich. Deshalb

unterstützt er das Organisationsmodell, das unter anderem von Volker Gerhardt ausgearbeitet wurde, und das eine Gliederung der Studentenschaften und des Dachverbandes nach dem Räteprinzip vorsieht. An der Hochschule selbst sollen die Fachbereichsvollversammlungen Fachstudentenräte bestimmen, die dann dem Studentenrat der Gesamthochschule angehören. Der Universitätsstudentenrat wählt seinerseits den ASTA und verschiedene Ausschüsse.

Darin scheinen die Meinungen im alten vds-Vorstand nicht allzusehr auseinanderzugehen. Anders sieht es aus mit der praktisch-politischen Handhabung der studentischen Interessen: Da ist Ehmann darauf bedacht, die Basis der antiautoritären Bewegung möglichst zu verbreitern und Verbindungen mit anderen Organisationen anzuknüpfen.

Allerdings gibt auch er sich keinen Illusionen hin über eine etwaige Zusammenarbeit oder Diskussion mit den Parteien oder der Regierung: Vom Spiegel befragt, warum der vds-Vorstand selbst mit Kiesinger geredet habe, meinte Ehmann: „Ich glaube, daß diese Gespräche in der damaligen Situation nicht zu umgehen waren, um ihre Sinnlosigkeit auch dem Letzten klarzumachen.“

Der Elfenbeinturm und die Macht (II)

Die Republik hatte das Kaiserreich abgelöst, aber an den gesellschaftlichen Grundbeständen änderte der November 1918 nichts. Deutschen Professoren waren in ihrer Mehrheit die höchst angenehmen Protagonisten einer antidemokratischen, autoritären Staatsauffassung. Individualismus, Liberalismus, Historismus und Positivismus kennzeichneten die rückwärts gewandte Einstellung. Unter dem Schock der unvermuteten militärischen Niederlage setzte ein Verdrängungsprozeß ein, der die spontane Gegnerschaft des Professorentums gegen die Republik erklärt.

Der Friede als Katastrophe

An einem Teil der deutschen Universitäten wurden die radikalsten Kriegsverherrlicher zu Rektoren gewählt. Reinhold Seeberg erklärte in Berlin 1919, ein Volk mit einer so großen Geschichte könne sich auf die Dauer nicht mit politischen Lebensformen begnügen, „die einer armen Nachahmung schlecht verstandener fremder Ideen oder der Ausnutzung jeweiliger politischer Konjunkturen entstammen.“ Sein Nachfolger Eduard Meyer trat das Amt mit weit militanten Erklärungen an. Nach Lobpreisungen der Leistungen des alten Reiches zog er über die „gleißnerischen Verheißungen“ der Todfeinde her, die zur Selbstentmannung eines ganzen Volkes geführt hätten: „So wirft es die Waffen weg, zerbricht sein eigenes Heer, liefert seine stolze Flotte freiwillig aus, und stürzt wehrlos, um Gnade bittend, seinen Feinden zu Füßen.“ Der hervorragende Germanist Gustav Roethe bezeichnete in seinem Kolleg den Frieden schlicht als „Katastrophe“, die nur einem von Juden und Sozialdemokraten verhetzten Volk zustoßen könne. Professorale Indoktrination hatte zur Folge, daß in juristischen Seminaren gescharrt wurde, wenn das Wort „Reichsverfassung“ fiel. In der Manier infamer Vergangenheitsverherrlicher schrieb Conrad Bornhaks 1921 in seiner „Deutschen Geschichte“: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht und noch weniger das Geld. Das Echte bleibt der Nachwelt unverloren. So steht auch Deutschlands Heldenkampf gegen fast die gesamte übrige Welt mit unvergänglichen Letzern in den Jahrbüchern der Geschichte verzeichnet, wenn er auch schließlich fast in einer Zote endete.“ Erfolglicher spekulierte Theodor Schiemann auf die bürgerlichen Ressentiments und nannte Karl Marx einen „talmudistisch-spiritualisierenden Sozialphilosophen und internationalen Verschwörer.“ Entsprechend deutschnationaler Mentalität begann sich der Antisemitismus an den Universitäten breit zu machen. Judentum und Demokratie wurden gleichgesetzt.

Bündnis von Ressentiment und Wissenschaft

Deutschlands Professoren begannen, die Weimarer Republik, auf deren Verfassung sie ihren Dienst abgelegt hatten, zu diffamieren, weil dieser Staat „undeutsch“ sei (Max Wundt). Professor Friedrich Wolters: „Was uns retten kann, ist ... der heldisch gehobene Mensch.“ Der Erlanger Theologe Hans Preuß bekannte sich in seinem Rektoratsbericht 1923 ausdrücklich zu dem Attribut „reaktionär“. Nach Verherrlichung der schwarz-weiß-roten Fahne erklärte er: „Ja, wir wollen zurück — zurück vor dem letzten Schritt zu Abgrund und Chaos, rückwärts zur alten Höhe, rückwärts zu ewigen Anfängen, rückwärts zu Gott dem Herrn, der Eisen wachsen ließ — und auf den Sternen waltend sitzt von Ewigkeit zu Ewigkeit.“ Im Munde eines Theologen war das ein unmißverständliches Credo zum autoritären Machtstaat, dem göttliche Weihe zugesprochen war. Professor Hans Scupin: „Dem Sdismus unserer Feinde gegenüber gibt es nur ein Gefühl — das der Rache. Wir werden zur Hermannschlacht ausziehen können, ... wenn der Deutsche sich wieder auf sein Nationalgefühl besonnen hat.“ Der Philosoph Max Wundt verwarf die parlamentarische Demokratie, predigte den Willen zu Tod, Kriegerstum, Zucht und Gehorsam als den deutschen Tugenden und forderte einen ständischen Führerstaat. Professor Johann Plenge hielt 1920 ein Seminar „Über den politischen Wert des Judentums“ und publizierte eine übel antisemitische Schrift, die der sozialdemokratische Kultusminister Preußens, Konrad Haenisch, wegen ihrer Objektivität zu intensivem Studium empfahl. Professor Hermann Schwarz, Dekan der philosophischen Fakultät in Greifswald, wandte sich gegen die völkische Entwurzelung: „So verstanden gehört der Antisemitismus ins deutsche Gewissen hinein.“ Der bedeutende Philosoph Max Scheler erklärte gleichzeitig die Demokratie zur Feindin von Vernunft und

Wissenschaft, und Professor von Bieberstein qualifizierte 1925 auf der Reichsgründungsfeier in der Aula der Freiburger Universität die amtierenden sozialdemokratischen Reichspräsidenten als Hochverräter.

All dies geschah unter dem Anspruch apolitischer Haltung. „Politik“ galt den Herren, deren alte Neigungen und wissenschaftliche Erkenntnisse übereinstimmten, als arges Schimpfwort.

Wie sehr die konservativen Staatsvorstellungen ihre Kraft aus deutschem Boden sogen, wird offenkundig in einer Rektoratsrede, die der Kölner Historiker Martin Spahn 1921 hielt. Er beschrieb die gegenwärtige Situation als einen Kampf der Germanen gegen die Romanen und das „Westlerstum“, worunter die Ideen der Aufklärung und der französischen Revolution zu verstehen sind. Er bereitete die Studenten auf künftige Aufgaben vor mit der mystischen Verheißung: „Auch eine Niederlage vermag nichts daran zu ändern, daß diese Ströme heiligen, unversehrten und unverbrachten jugendlichen Blutes die deutsche Erde mit frischen Kräften erfüllen, durch die sie unsere Anstrengung wird tragen und aufs höchste steigern können, wenn uns

die Stunde der neuen Erhebung und dann des Greifens unmittelbar ans Ziel schlägt.“ Der katholische Theologe Professor Georg Pfeilschifter erklärte in seiner Eigenschaft als Rektor der Münchener Universität: „Fort mit dem ... Pazifismus! Fort mit der Schande des Völkerbundes! Wir brauchen einen großen Siegfried... Der zweite Eckstein muß Macht heißen.“

1925 beschloß der „Deutsche Akademikertag“ einstimmig: „Die Überfremdung der deutschen Hochschule durch jüdische Lehrkräfte und Studierende ist ein Riegel vorzuschieben.“ 1927: „Der Weg zu Volk, Staat und Freiheit geht durch Kampf, Kampf für wahre völkische Weltanschauung...“ Professor Ernst Kriek schloß 1931 eine militante Sonnenwende mit einem: „Heil der deutschen Jugend — Heil dem deutschen Volk — Heil dem Dritten Reich!“

In der nächsten Nummer: Braune Universität. Die Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten fand nach dem zweiten Krieg nicht statt.

Professoren zwischen Kaiserreich und Diktatur



Rotbücher

RRRR

- 2. Paul A. Baran/Erich Fried/Gaston Salvatore: Intellektuelle und Sozialismus. 128 Seiten. DM 4,50
 - 3. Aimé Césaire: Über den Kolonialismus. 80 S. DM 3,50
 - 5. Mao Tse-tung: Über Praxis und Widerspruch. 96 Seiten. DM 3,50
 - 7. Wolfgang Dreßen: Antiautoritäres Lager und Anarchismus. Mit einem Lesebuch. 160 Seiten. DM 5,50
 - 9. Ernesto Che Guevara: Guerilla - Theorie und Methode. 160 Seiten. DM 5,50
 - 10. Wilfried Gottschalch: Parlamentarismus und Räte-demokratie. Mit einem Lesebuch. 128 Seiten. DM 4,50
- Abonnieren Sie die Rotbücher in Ihrer Buchhandlung. Sie erhalten sie dann sofort nach Erscheinen für DM 1,- billiger. Der Verlag schickt gern den Almanach kostenlos. Berlin 31, Jenaer Straße 6

Wagenbach

Brief aus Orléans

Association Générale des Etudiants d'Orléans
Orléans, den 31. 1. 69

Kameraden!
Da sich das letzte Jahr in der ganzen Welt und besonders in Frankreich und Deutschland als so ereignisreich erwiesen hat, erscheint es uns interessant, unsere jeweiligen Erfahrungen miteinander zu konfrontieren, zumal es durch die Beziehungen zwischen unseren beiden Universitäten und unseren Studentenorganisationen sicher auch dieses Jahr noch den traditionellen Studentenaustausch geben wird. Aus einem vorherigen Gedankenaustausch könnte eine Orientierung dieser Studienaufenthalte an unseren Interessen und an unseren Aktionen hervorgehen. Sicher habt ihr durch die Presse von den Vorgängen erfahren, die sich in Frankreich seit dem Mai 68 und auch vorher schon ereignet haben: Ständige Agitation der revolutionären Militanten an den Pariser Fakultäten (Nanterre, Sorbonne); am 3. Mai 68: Eindringen der Polizei in die Philosophische Fakultät von Paris (Sorbonne), dem der Generalstreik der französischen Studenten und die mehrmonatige Lähmung der Universität folgten; die Barrikaden; der Streik der Arbeiter vom 13. Mai an; der gescheiterte Plan de Gaulles, ein Referendum über die „Participation“ durchzuführen; die Parlamentswahlen im Juni mit dem Sieg der Gaullisten; die heftigen Demonstrationen in den Renault-Werken; die Repressionen gegenüber den streikenden Journalisten der ORTF; die Ausarbeitung eines Hochschulreformentwurfs während der Ferien (Lex Faure); die ungewisse und bis zum Januar 69 hingezögerte Wiederaufnahme des Lehrbetriebs; die Währungsreform im November; die Erneuerung der Agitation an den Universitäten. Aber nicht die (unvollständige) Aufzählung von Ereignissen steht hier im Vordergrund, sondern die Darlegung der Motivationen für das studentische Vorgehen:

● 1. Die studentische Bewegung (ausgelöst durch die seit dem 3. Mai offen zutagegetretenen Polizeirepressalien) hat schnell den Rahmen der inneruniversitären Streitigkeiten überschritten und sich zur Auseinandersetzung über die Strukturen der kapitalistischen Gesellschaft (der die Universität als ein Element zugehört) und die von ihr geschaffenen Beziehungen zwischen den Menschen entwickelt.
● 2. Die Studenten, die an der Bewegung teilgenommen haben, sind sich darüber im klaren, daß es nutzlos ist, allein im Rahmen der Universität zu agieren — einer Universität, die durch die Ausbildung, die sie vermittelt, durch die Kultur, die sie verbreitet, durch die Methoden (pädagogische Methoden, Examen), die sie anwendet, mit der Ideologie der herrschenden Klassen unserer Gesellschaft fest verbunden bleibt.
● 3. Deshalb haben die französischen Studenten versucht, sich denjenigen Bewegungen anzuschließen, die in der Lage sind, für eine wirkliche Veränderung der Gesellschaft zu kämpfen, das heißt vornehmlich den Arbeitern. Daraus haben sich neue Beziehungen zwischen Studenten und Arbeitern entwickelt, obwohl die Haltung der Confédération Générale du Travail (CGT) und der Kommunistischen Partei oft diesen Wünschen zuwiderlief.
● 4. Heute lehnen die UNEF und die Studenten den Hochschulreformplan der Regierung (Lex Faure) ab, der den Studenten durch geschickte Propaganda eine Mitwirkung in der Universität ohne echte Mitverantwortung vorgeschlägt. Die Studenten ziehen es vor, überall, wo dies möglich ist, statt der Pseudo-Mitbestimmung eine „studentische Kontrolle“ zu schaffen, um die bourgeoise Universität und das soziale System, in das sie integriert ist, anzuprangern.
● 5. Es ist zu bemerken, daß die Mai-Ereignisse, trotz ihres scheinbaren Mißerfolges, den Studenten und einem Teil der Bevölkerung die Perspektiven einer Revolution und einer sozialistischen Gesellschaft aufgezeigt haben: die Fortdauer des gegenwärtigen französischen Regimes stand im Mai auf Messers Schneide, und es scheint immer noch sehr verletzlich zu sein (Franc-Krise).

Das sind einige der Gedanken, die unsere Aktionen motiviert haben, und die unsere heutigen Entscheidungen bestimmen. Wir wissen, daß es in Deutschland ähnliche Vorgänge gegeben hat: den Mordanschlag auf Rudi Dutschke, die Konfrontationen mit der Polizei, die Aktionen politischer Studentengruppen, den Kampf gegen den Springer-Konzern. Deshalb wären wir an einer Darstellung der Aktionen und der Ziele der deutschen Studenten, an einer Beschreibung der gegenwärtigen Situation und der sich bietenden Perspektiven und schließlich an einem Bericht über die Aktionen der ASTA und der politischen Hochschulgruppen sehr interessiert. Mit syndikalen Grüßen! Für den Präsidenten der AGEO: gez. Jean-François Hogrel

Dokumentarisches Theater als Nachhilfestunde

Zur Bochumer Erstaufführung des „Prozesses in Nürnberg“

Der Ost-Berliner Schriftsteller Rolf Schneider (36) lieferte das „Stück“ Jochen Jachmann, Dramaturg beim Bochumer Schauspielhaus, bemühte sich um das dokumentarische Material für die westdeutsche Erstaufführung.

„Die Fakten von Nürnberg“, so lautete der politische Vorsatz, sollten in Beziehung gesetzt werden „zu Vorgängen in der unmittelbaren Gegenwart, in denen wir Parallelsituationen zu den Ereignissen sehen, um deren Willen die Angeklagten von Nürnberg verurteilt wurden.“

Vergangenheitsbewältigung, die an die Gegenwart rührt, ist wenig gefragt: diese Erfahrung machte Jo-

chen Jachmann bereits, als er auf der Suche nach Dokumentationsmaterial bei Rundfunk- und Fernsehkanälen vorsprach. So fürchtete man beispielsweise beim SFB „die große Gefahr der Manipulation“ und ließ den Bochumer Theatermann abblitzen. Schützens Pogrammetze und eine Dokumentation über den Einfluß der Wirtschaft auf politische Entscheidungen waren tabu.

Was schließlich an Tonbandzitate und Filmausschnitten eingebunden wurde, überzeugte nur teilweise. Schlüssig, weil eindeutig in der Nachfolge der exemplarisch angeklagten Göring, Keitel, Streicher und Schacht stehend, waren Zitate

von Schröder und von Hassel, die eine Forderung zum Angriffskrieg gegen die Sowjetunion beinhalten. („Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Jubiläum der Oktoberrevolution werden.“) Gut, weil gut dreht, war ein Filmbericht über die Saalschutz-Schläger der NPD. Im übrigen vermied man Authentizität des akustischen Materials und politische Schlüssigkeit der Filme (Suez, Vietnam, CSSR).

„Die Sieger waren auch nicht besser!“. Was nützt diese Erkenntnis gegen den sich restaurierenden westdeutschen „Rechts“-Staat? Besonders schlimm ist der Schluß, wenn nach der szenischen Dokumentation anklagend vorgehalten

wird (wem eigentlich?), wieviel Kriege, wieviel Unrecht und Leid sich nach Nürnberg und trotz Nürnberg wieder ereignet hat. Antifaschismus, der in Weltschmerz macht, ist mehr als hilflos, ist fatal. Schlimmes bedauern, statt die Möglichkeit zu konkreter Veränderung aufzuzeigen oder doch wenigstens nahezuzeigen, unterstützt objektiv das Schlimme.

Doch nun zum „Stück“ selbst. An Göring, Keitel, Streicher und Schacht die Komplexe „Technik der Legalität“, „Moral des Soldaten“, „Meinungsbildung“ und „Markterfordernisse“ zu exemplifizieren, das ist gewiß kein schlechter Ansatz. Besonders die Darstellung (verwendet wurden Original-Protokolle) des perfidesten der Angeklagten, Hjalmar Schacht, ehemaliger NS-Wirtschaftsminister und Präsident der Deutschen Reichsbank, derzeit Erfolgsautor und Festredner für Adenauer-Preisträger, wie Gerstenmaier kurz vor Kriegsende als NS-Gegner verurteilt, ist angetan, Einblick in die Machtmechanismen der reaktionären Diktatur zu geben. Auch die Zeugenaussagen (z. B. ein Jude aus Wilna, eine Angehörige der französischen Résistance) sind durchaus eindrucksvoll.

Warum aber werden die dramatischen Möglichkeiten vertan, wenn von neutralen Sprechern authentische Texte lediglich sachlich-unterkühlt vorgelesen werden? Eine angemessenere, engagierte Rezitation, würde keineswegs zu ästhetischer Verschleierung führen, da der Realitätsbezug ohnehin durch dokumentarische Einschübe gewahrt bleibt. Die bloße Lesung auf der Bühne bleibt in ihrer Effizienz hinter anderen Medien zurück. —er—



Rolf Schneiders „Prozeß in Nürnberg“ in der Aufführung des Bochumer Schauspielhauses.

Film - kulturpolitisch gefesselt

Konfektionskino und seine Festivals haben abgewirtschaftet

Kulturpolitische Repression

Seit Jahren konstituiert, bevormundet und kontrolliert durch etablierte Cliquen, denen Wirtschaftsinteressen und kulturpolitische Repressionen wesentlich wichtiger als das Medium Film selbst waren, mußte das Kino 1968 eine Bankrotterklärung nach der anderen abgeben. Die Eklatats renommierter Filmfestivals, ob in Cannes, Berlin oder anderswo, machten bewußt, daß diejenigen, die die Filme machen, endlich auch den Grad an Selbstverständnis erreicht haben, selbst darüber bestimmen zu wollen. Kulturpolitische und sachimmanente Gründe forcierten den für den deutschen Film so notwendigen Aufstand der Filmemacher.

Die Situation in Deutschland war katastrophal. Anders als in Frankreich etwa, wo sich schon in den späten fünfziger Jahren mit der „Neuen Welle“ ein — auch publikums- und öffentlichkeitswirksames — „Kino der Autoren“ konstituiert hatte, gab es in Deutschland nach außen hin nur ein ausschließlich von kommerziellen Gesichtspunkten bestimmtes Verbraucherkinos, das mit seinen Trivialprodukten die Vorstellung vom deutschen Film diktierte. 1962 gingen von Oberhausen, dem wichtigsten politisch und wirtschaftlich unabhängigen Festival, die ersten Impulse aus.

Eine Anzahl junger Regisseure (u. a. Kluge und die Brüder Schamoni) plädierten in ihrem „Oberhausener Manifest“ für einen politisch und wirtschaftlich unabhängigen „jungen deutschen Film“. Vom Kurzfilm kommend, der infolge geringerer Produktionskosten sich viel leichter der Diktatur der etablierten Wirtschaftsmacht Film entziehen kann, ließ der revolutionäre Elan der meisten dieser Regisseure sehr schnell nach, als sich der Erfolg in den Kassen einzustellen begann.

Der neue Ansatz

Der zweite Aufstand kam intensiver, ausdauernder und konsequenter. Mit Beginn des Jahres 1968 traten — auf dem „Experimentalfilm-Festival“ in Knokke und der „Hamburger Filmschau“ — erstmals Gruppen an die Öffentlichkeit, die selbstbewußt zum radikalen Umsturz auf dem Filmmarkt gewillt waren. Das „New American Cinema“ mit seiner antikommerziellen neuen Markterkenntnis war für die jungen Filmemacher die entscheidende Anregung. Im herkömmlichen Verteilerapparat, bei dem sich berufsmäßige Verleiher zwischen Produzenten und Verbraucher schalteten, die den Filmern nicht nur den finanziellen Überhang abschöpften, sondern auf dem Weg wirtschaftlicher Repression auch ideologischen Zwang ausübten, sahen sie die Hauptgefahr für die Realisierung ihrer künstlerischen Ambitionen.

Außerst nachteilig hat sich hierbei die Filmbewertungspraxis erwiesen, die doch meistens nach Gesinnungsmaßstäben vorging. Denn nur Filme, denen ein „Prädikat“ ver-

liehen wird, haben wegen der damit verbundenen Steuerbegünstigung eine Chance, in die kommerziellen Kinos zu kommen.

Ein Schlag ins Gesicht war für alle nichtvermögenden Filmambitionierten das vor zwei Jahren verabschiedete „Filmförderungsgesetz“, das in paradoxer Dialektik staatliche Förderung nur für Regisseure vorsieht, deren erste Arbeit vom Publikumszulauf — und damit dem „gesunden Volksgeschmack“ — „anerkannt“ waren. Die vorgesehene Strafe, einen künstlerisch unabhängigen Film zu ermöglichen, war damit zu einer Sackgasse geworden.

Begrüßenswert erscheinen unter solchen Voraussetzungen die zur Zeit freilich noch improvisierten Versuche, durch co-ops die finanziellen Voraussetzungen zur Produktion, sowie eine adäquate Verteilung zu erreichen. Schließlich geht es gerade diesen Filmern des „anderen Kinos“ darum, bewußtseinsbildend zu wirken und das breite Publikum aus seiner jahrelangen ästhetischen und ideologischen Bevormundung zu befreien.

Die Folge: Strukturwandel der Festivals

Für die Veranstalter der angegriffenen Filmfestivals, die zum Teil mit Unverständnis reagierten, zum Teil seit Jahren selbst mit den progressiven sympathisierten, aber durch kulturpolitische Fesseln behindert waren, ergab sich Zwang und Chance zur Reform. In Cannes herrschte nach dem gewaltsam herbeigeführten Zusammenbruch totaler Ratlosigkeit über den Fortbestand des Festivals, für Berlin holte man sich einen als „progressiv“ eingeschätzten Mitarbeiter, um sich die Teilnahme fähiger ausländischer Regisseure nicht zu verscherzen.

Ganz allgemein wird man aus Furcht vor dem Boykott durch Film- und Journalisten weitgehende Operationen am Gesicht der Festivals durchführen müssen.

Am veränderten Reglement der „Westdeutschen Kurzfilmtage“ in Oberhausen, die im Gegensatz zu den etablierten großen „Kino“-Festivals schon seit ihrem Bestehen spezifischer Spiegel ambitionierter Jungfilmer und aufstrebender Außenseiter sind, läßt sich das veränderte Selbstverständnis von Festivals erkennen.

Die drei wesentlichen Punkte dieses Strukturwandels sind: Demokratisierung des Auswahlprinzips, Akzentuierung gesellschaftlich relevanter Filminhalte und die Abschaffung apriorischer Kategorien.

Die von manchen Seiten bedauerten kurzen Nationalitätenprogramme werden bleiben. Für die Auswahl der deutschen Wettbewerbsfilme (für die ausländischen kann Hilmar Hoffmann leider nicht zuständig sein) aber hat man ein gerechteres Auswahlprinzip gefunden. Die eingereichten deutschen Filme werden neuerdings nicht nur von einer vielköpfigen (aus allen anwesenden Journalisten und Regisseuren be-

stehenden) Jury ausgewählt, sie werden auch in einer dreitägigen Sichtvorveranstaltung erstmals der gesamten Öffentlichkeit zugänglich sein. Einer Entkommerzialisierung entspricht die neue Satzungsklausel, die reine Industrie-Werbe- und Unterrichtsfilm sowie konventionelle Kulturfilme mit ihrer fatalistischen Pädagogik ausschließt. Fallen soll auch die affirmative, den Blick für neue trübende Einschätzung aller Arbeiten nach vorgegebenen Kategorien. Gekürzt, aber der Zahl nach erhöht werden die Preise, auf die bisher übliche positivistische beherrschende Retrospektive wurde verzichtet.

Das Festival hat sich verjüngt — ganz neu geboren wurde es nicht. P. Kress/H. Scharfenorth

Kommunisten als Opfer staatshöriger Justiz

Jupp Angenfort sprach in der Ruhr-Uni

Am 31. 1. um 23 Uhr sollte Jupp Angenfort, ehemaliger nordrhein-westfälischer Landtagsabgeordneter der KPD, den Rest einer fünfjährigen Zuchthausstrafe in Werl antreten. Am Nachmittag begründete er vor 200 Studenten, warum er sich weigerte, im Zuchthaus zu erscheinen.

Jupp Angenfort war am 12. März 1953 unter Bruch seiner Immunität als Abgeordneter auf offener Straße verhaftet und in ein Auto gezerrt worden. Man hielt ihn zwei Jahre lang in Untersuchungshaft, wovon als besondere Strafverschärfung ein halbes Jahr auf die im Urteil von 1955 ergangene fünfjährige Zuchthausstrafe nicht angerechnet wurden. In diesem Urteil wurde



Angenfort spricht in der Ruhr-Uni.

Vorbeugehaft

Die Göttin mit den verbundenen Augen schlägt dann auf gut Glück mit dem Blindenstock drein: Wen sie trifft, dem ist vorgebeugt. Nicht wahllos fallen dann Hiebe rechts oder links: Wer ihr Ohr besitzt lenkt sie durch zielvolle Einflüsterungen. ERICH FRIED

LÄUFER oder TEPPICHBODEN?

Verlegt, gespannt oder nur aufgelegt?

Alle diese Fragen beantworten Ihnen unsere Fachleute für Ihren praktischen Fall. Und die Beratung verpflichtet Sie zu nichts.

EIN GUTER RAT:
TEPPICHE VON **KEIL & KATH**
BOCHUM, BONGARDSTR. 28, AN DER PAULUS-KIRCHE

LOEWE **ADOLF LOEWE**
Büromaschinen • Möbel • Organisation
Bochum • Kortumstraße 95 • Ruf 1 60 41

... auch Sie könnten mal krank werden

Das ist keine Garantie für immerwährende Gesundheit, aber ein Hinweis, dass Sie sich um Ihre Gesundheit kümmern sollten. Eine Krankenkasse kann die hohen Kosten übernehmen.

Und außerdem noch ein Krankenhaustagegeld zahlen! Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenzollernring 97, Telefon 2 04 01
Bochum-Filialdirektor Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 95, Telefon 6 05 46-48

Europäische Marken-Teppiche

Führendes Haus in Western-Bekleidung

Two Shop Bekleidung für junge Leute

Rücklaufbestände der US-Armee

US VERKAUF

H. PETERMANN

Bochum - Rathausplatz 8
Telefon 66939

Contacta Institut

Heinen-Brillen Bochum Kortumstr. 45 I.Et.
Anpassung unsichtbarer Augengläser
bestverträgliche Kunststoff-Kleinstlinsen
des bewährten Systems Müller-Welt

Das Sommerprogramm ist da!

Studenten reisen mit Studenten

Der Deutsche Studenten-Reisedienst bietet Ihnen wieder verbilligte Sammelfahrten, Sonderflüge, Ferienreisen, USA-Flüge, Studienreisen und Weltstadtprogramme.

Beratung und Buchung bei:

Studenten-Reisedienst Bochum

Lennerhofstraße 66 (neben der Mensa)
Telefon: 51 14 57

Biedenkopfs Bonanza

Seit Rektor Biedenkopf im Besitz der „Goldenen Feder“ ist (verliehen auf dem Bochumer Presseball, weiß der Henker wofür), glaubt er, mit Nuggets um sich werfen zu können: Den Fachschaften machte er das Angebot, je zwei studentische und eine wissenschaftliche Hilfskraft zu bezahlen, die dann endlich einmal Reformpläne ausarbeiten sollen. (Es scheint überhaupt eine fixe Idee Biedenkopfs zu sein, daß die Fachschaften noch nichts produziert hätten. Ich wüßte jedenfalls einige welche.)

Freilich ist von einem goldrush der Fachschafter nichts zu spüren. Biedenkopf zur WAZ: Die Fachschaften akzeptierten nur zögernd. Und er kann das Mißtrauen, das sich darin ausdrückt, so gar nicht verstehen.

Doch der ASTA leistet Hilfe, indem er die Fachschaften auf den Geldboom aufmerksam macht. Die Murrn und Ketten, die Biedenkopf verteilt, so wird man sich ausrechnen, sind immer noch mehr wert, als das, was der ASTA bisher den Fachschaften zuweisen konnte. Aber die Dinge sind nicht gar so einfach: Finanzielle Abhängigkeit vom Rektor auf der einen, politische von der Fachschaftsvollversammlung auf der anderen Seite werden sich nicht gut vertragen. Mit Recht und aus den gleichen Gründen wehrt sich der ASTA ja auch dagegen, künftig seine Mittel aus dem Uni-Haushalt zugewiesen zu bekommen. Der Vorstoß Biedenkopfs ist nichts anderes als der Versuch, dem SP und dem ASTA das politische Heft aus der Hand zu nehmen und nach dem Prinzip „divide et impera“ die von oben gelenkte Dezentralisation der studentischen Politik voranzutreiben. Betrachtet man seinen Plan recht, so läuft er darauf hinaus, die bisher weniger aufmüpfigen, d. h. überhaupt schweigsamen, Fachschaften zu einer Aktivität aufzumuntern, die sich, schön wär's, gar noch gegen die zentrale Vertretung der Studentenschaft richten könnte.

Achtung! Übernehme sämtliche schriftlichen Arbeiten, möglichst in deutscher Sprache. Seitenpreis nach Vereinbarung. Tel.: 1 41 80

Die aktiven Fachschaften nämlich leiden weniger unter Ideenmangel als vielmehr unter einem Defizit an Sachmitteln, mit deren Hilfe sie den Kommilitonen und Professoren von der Brigade R & O (Ruhe und Ordnung) ihre Pläne besser und öfter unter die Nase reiben könnten. Sachmittel verteilt Biko aber nicht! Und Personalmittel nur bis ich weiß nicht wann und vielleicht nicht an jeden. Die Entscheidung darüber liegt letztlich jedenfalls nicht bei den Studenten.

Lombard Sconti



BSZ-Leser antworten

Betr.: Devot, devoter, DAG (BSZ Nr. 37)
Wir möchten Sie davon in Kenntnis setzen, daß der Personalrat der Ruhr-Universität Bochum nicht identisch ist mit der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, da die Personalratsmitglieder nur zu einem Teil der DAG als Mitglieder

angehören. Im übrigen aber die Gewerkschaft ÖTV und der Deutsche Beamtenbund im Personalrat vertreten sind und ein Teil der Personalratsmitglieder überhaupt nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Außerdem möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, daß der PR-Vorsitzende Dr. Röhling nicht Mitglied der DAG ist.

Gemäß § 11 des Pressegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen fordern wir Sie daher auf, die sachlich falsche Überschrift in Ihrer nächsten Ausgabe zu berichtigen.

**Mit freundlichem Gruß
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
— Bezirk Ruhr-Niederrhein —
gez. Bienk**

Form und Inhalt des Briefes sprechen für sich. Es bleibt festzustellen, daß der überwiegende Teil der nichtwissenschaftlichen Mitglieder der RUB sich davon distanzieren, wie Reaktionen auf die Veröffentlichung in der BSZ bewiesen haben. Es ist Ihnen allerdings ein formaler Fehler unterlaufen. Der Personalrats-Vorsitzende ist nicht Mitglied der DAG, kann es auch nicht sein, da das „Stehkragensyndikat“ gem. Org.-Statut nur Angestellte organisiert. (Der PR-Vors. ist Beamter.) Jedoch entspricht die in diesem Brief zum Ausdruck gekommene Servilität durchaus der Haltung der DAG-Vertreter nicht nur an der RUB, wenn man u. a. berücksichtigt, daß die DAG noch vor wenigen Tagen in einem Schreiben an den Kultusminister und die Fraktionen des Landtags für das nichtwissenschaftliche Personal eine zehnprozentige Beteiligung an den Beschlüssen der Universitäten forderte, und damit der Gewerkschaft ÖTV in den Rücken fiel, die eine qualifizierte Mitbestimmung verlangt.

Nun ist die Entwicklung über DAG und Personalrat hinweggegangen. Die Forderung der Gewerkschaft ÖTV nach Viertelparität in allen Entscheidungsgremien ist vom Kulturausschuß des Landtages aufgegriffen und als voll berechtigt an-

erkannt worden. Sie wird Gegenstand von Verhandlungen sein, die in Kürze zwischen der Gewerkschaft ÖTV und den zuständigen Landtagsgremien stattfinden.

**Jürgen H. Braeuner,
Mitglied im Landesausschuß
„Hochschulreform“ der
Gewerkschaft Öffentliche Dienste,
Transport und Verkehr**

Betr.: Prager Nachfrühling
In der Nummer 36 der BSZ hat ihr Redakteur, Herr Kircher, einen Artikel über Prag veröffentlicht. Auf diesen Artikel habe ich sehr scharf geantwortet. Mag sein, daß meine Antwort auch nicht gerecht war, doch soll es gelten: Audiatur et altera pars. Auch eine milde Form meiner Antwort wurde nicht veröffentlicht. Ich bedauere es, daß ich dadurch mit dem ASTA — dem diese Zeitschrift gehört — eine solch schlechte Erfahrung gemacht habe. Bis auf diesen Zwischenfall hat der ASTA gegenüber den Tschechen und Slowaken immer großzügig gehandelt.

Der Artikel von Herrn Kircher hat 162 Zeilen, davon sind höchstens 70 Zeilen unbestreitbar. Das andere ist eine Projektion der westdeutschen Probleme in die Prager Verhältnisse, Eindrücke, die durch Vorurteile, falsche Information und Zufälle zustande gekommen sind. Für mich ist es im höchsten Maße undemokratisch und unsozialistisch, daß ich keine Möglichkeit bekam, in derselben Zeitung auch meine Meinung — sollte sie auch falsch sein — zu veröffentlichen. Was ich

schallplatten kaufen Sie im
KÜHL
Bochum
Kortumstr. 93 • Tel. 1 51 60

über den SDS meine, habe ich in der Prager Zeitung „Listy“ geschrieben, dort ist es möglich, auch verschiedene Meinungen zu äußern, die Diskussion hat begonnen. Auch die Prager Studentenzeitung habe ich gebeten, über diese Sache zu informieren. Die Leser der BSZ bleiben leider uninformiert.
Doz. Dr. J. Franěk

Die BSZ-Redaktion erklärt hierzu, daß sie nicht jeden beliebigen Artikel veröffentlicht. Wenn Herr Dr. Franěk die studentische Linke dubioser Ziele verdächtigt, sie gleichermaßen Stalinisten und „Nachfolger des immer noch lebenden deutschen Rechtsradikalismus“ nennt, sich im übrigen vom „Westen verraten fühlt“, so glauben wir, daß sein Artikel bei Springer besser aufgehoben wäre. Zu einer Auseinandersetzung mit dem Artikel „Eindrücke vom Prager Nachfrühling“, geben wir Herrn Dr. Franěk gern Gelegenheit. Was die Fakten der Darstellung betrifft, sind wir in der Lage, die Namen unserer Informanten, insbesondere Angestellte des Prager Stadtbüros, zu nennen.

Bürokratischer Terror gegen Nirumand

Der in Berlin lebende persische Schriftsteller Bahman Nirumand ist vom Berliner Polizeipräsidenten nach Ablauf seiner Aufenthaltserlaubnis aufgefordert worden, die Bundesrepublik zu verlassen. Eine Rückkehr nach Persien, das weiß auch der Polizeipräsident, käme einer Verurteilung Nirumands gleich.

Trotzdem heißt es in dem amtlichen Schreiben: „Sie mußten sich von vornherein darüber im klaren sein, daß Ihnen der Aufenthalt nur für die Dauer Ihres Forschungsstipendiums erlaubt werden würde. Die Tatsache, daß Sie als Schriftsteller in deutscher Sprache schreiben, rechtfertigt nicht die Erteilung einer weiteren Aufenthaltserlaubnis, wenn der Zweck des bisherigen Aufenthalts erfüllt ist. Das gleiche gilt für den Umstand, daß Sie mit einer deutschen Staatsangehörigen verheiratet sind und Ihre Tochter die iranische Sprache nicht beherrscht.“

Offenbar macht die Verweigerung der Aufenthaltserlaubnis für ungenügende Schriftsteller in Berlin Mode: ähnliche Entscheidungen gab es bereits gegen den Griechen Vaggelis Tsakaridis und den Amerikaner Reinhard Lettau. Zwischenen ist es in Berlin zu Demonstrationen gegen die Entscheidung des Polizeipräsidenten gekommen.

Nachdem Nirumand im Schreiben des Polizeipräsidenten mitgeteilt worden war, auch ein Widerspruch könne nicht verhindern, daß Nirumand sofort ausreisen müsse, äußerte jetzt Innenminister Neubauer nach Demonstrationen, selbst eine negative Entscheidung über Nirumands Widerspruch würde nicht seine Ausweisung nach Persien zur Folge haben.

Iranische Studenten der niedersächsischen Hochschulen bezeichneten nach einer Demonstration gegen das persische Generalkonsulat in Hamburg die Ausweisungsverfügung als einen „Akt bürokratischen Terrors“, wie er „nur in faschistischen Staaten möglich“ sei.

CSU - „student“

„Westdeutschlands größte Studentenzeitung“, der seit kurzem auch in Bochum erscheinende „student“ ist offensichtlich auch einigen Burschenschaften zu reaktionär eingestellt. Die „Frankfurt-Leipziger Burschenschaft Arminia“ richtete scharfe Angriffe gegen das CSU-nahe Blatt. In einer Erklärung wird die unqualifizierte antikommunistische Ausrichtung des Blattes und seine „rückwärtsgerichtete Position“ als Gefährdung der notwendigen Neuorientierung der Verbindungen in Deutschland bezeichnet. Wir erinnern uns, daß sich Kiesinger unlängst über Zeitungen, die aus dubiosen Quellen finanziert würden, bitter beklagt hat. Das Geld der Parteien und Industrieverbände freilich stinkt nicht.

SHB unorthodox

Auf seiner letzten Mitgliederversammlung distanzierte sich der Bochumer SHB von dem Beschluß der SHB-Landesversammlung NRW, die SPD solle mit der DKP bzw. ADF Beziehungen aufnehmen. Der SHB Bochum meint dazu: „Der Prozeß innerparteilicher Demokratisierung und die Entwicklung einer alternativen sozialistischen Politik in der SPD können sich nicht an einem Dogmatismus orientieren, der nicht Rücksicht nimmt auf die Entwicklung neuer sozialistischer Positionen. Er verkennt den Zusammenhang zwischen einer orthodoxen kommunistischen und einer sozialdemokratischen Politik, die beide letztlich das bestehende System unterstützen — wie das Beispiel der KPF lehrt.“

Studentensport an der Ruhr-Uni

Die Fechtmannschaft der Uni Bochum kämpfte am 24./25. 1. in Bonn gegen den UFC Bonn im Herren-Florett 8:3 bei 52:57 Treffern und auf Säbel 5:3. Im Damen-Florett belegte die Bochumer Teilnehmerin den 2. Platz in einer 7-Runde.

Im SS 69 nimmt die RUB wieder an den DHM im Volleyball (Damen), Feldhandball, Feldhockey und Rudern (Vierer) teil. Interessenten können sich im IFL informieren.

Bei den DHM im Judo verteidigte Klaus Bernsmann (Jura) seinen Titel als deutscher Hochschulmeister im Leichtgewicht erfolgreich. Albrecht Liese (Maschinenbau) kam im Mittelgewicht unter 50 Teilnehmern auf den fünften Rang.

Bei den DHM im Boxen belegten H.-P. Podzuk (Wiwi) im Federgewicht und W. Bergmann (Math.) im Mittelgewicht jeweils den dritten Platz.

Als einzige weibliche Teilnehmerin von 16 Startern erreichte B. Buschkötter bei den DHM im Karate den 5. Platz, nachdem sie in der Pflicht noch 2. gewesen war.

In der letzten Nummer veröffentlichten wir einen Brief des Personalratsvorsitzenden der Ruhr-Uni an den Rektor. Hierdurch entstand fälschlicherweise der Eindruck, daß Dr. Röhling Mitglied der DAG ist. Dies trifft nicht zu. Die DAG stellt jedoch die Mehrheitsfraktion im Personalrat.

ÖTV-NRW wählte Hochschulausschuß

Die Vertreter der in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Personalräte und Vertrauensleute der nordrhein-westfälischen Universitäten und Hochschulen wählten auf einer Arbeitstagung am 22. 1. 1969 in Düsseldorf einen Landesausschuß, der die Forderungen des nichtwissenschaftlichen Personals zur Hochschulreform präzisieren und über die Organisation politisch vertreten wird. Dem Ausschuß gehören an: Jürgen H. Braeuner (RU Bochum), Franz Katzer (Uni Köln, Vorsitzender des Hauptpersonalrates NRW), Schneider (TU Dortmund), Winkler (TH Aachen).

Congress-Library fordert BSZ an

Die BSZ nähert sich dem Stadium höherer Berühmtheit, das ihrem Niveau endlich gerecht wird. Jedenfalls bat dieser Tage die Library of Congress um die Zusendung der BSZ, um sie ihren grenzenlosen Sammlungen einzuverleiben. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem Arbeiten über die deutsche Studentenszene in Washington geschrieben werden müssen.



Der Zehn-Uhr-Paragraph ist gefallen: Das Amtsgericht Wiesbaden entschied jetzt, daß alle Absprachen und Bestimmungen in Mietverträgen, die einem Mieter oder Untermieter verbieten, eine Person des anderen Geschlechts in sein Zimmer mitzunehmen oder diesen Besuch länger als bis 22 Uhr zu empfangen, null und nichtig sind. Auch im Intimbereich darf sich der Mensch künftig frei entfalten, denn, so der Richter: „Der Mieter ist auch berechtigt, seinen Besuch über Nacht in der Wohnung zu behalten.“

INSTITUT FÜR KONTAKTLINSEN
trisper Kleinstlinsen angenehm zu tragen unsichtbar unzerbrechlich
BRILLEN Hagemann
SÜDRING 20

Schlör GETRÄNKE VON INTERNATIONALEM RUF
SCHLÖR-GESELLSCHAFT MBH BOCHUM UND RECKLINGHAUSEN

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM Hans Schalla		SPIELPLAN für die Zeit vom 13. Februar bis 9. März 1969 ÄNDERUNGEN VORBEHALTEN	
SCHAUSPIELHAUS		KAMMERSPIELE	
20.00	8. HAUPTKONZERT	Do. 13. 2.	
20.00	8. HAUPTKONZERT Wiederholung	Fr. 14. 2.	
20.00	GASPARONE von Millöcker (G)	Sa. 15. 2.	
20.00	DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau	So. 16. 2.	20.00 EIN TAG IM STERBEN VON JOE EGG / von Nichols
20.00	GASPARONE von Millöcker (G)	Mo. 17. 2.	20.00 DER LIEBESTRANK von Wedekind
20.00	GASPARONE von Millöcker (G)	Di. 18. 2.	20.00 DER EINGEBILDET KRANKE von Molière
20.00	TANGO von Mrozek	Mi. 19. 2.	
20.00	NAPOLEON IN NEW ORLEANS / von Kaiser	Do. 20. 2.	20.00 TABULA RASA von Sternheim; Premiere
20.00	NAPOLEON IN NEW ORLEANS / von Kaiser	Fr. 21. 2.	
20.00	LUCIA DI LAMMERMOOR von Donizetti (G)	Sa. 22. 2.	
20.00	WIR BOMBARDIEREN REGENSBURG / von Heller	So. 23. 2.	
20.00	NAPOLEON IN NEW ORLEANS / von Kaiser	Mo. 24. 2.	
20.00	DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau; g. V.	Di. 25. 2.	20.00 PROZESS IN NURNBERG von R. Schneider; g. V.
20.00	TANGO von Mrozek	Mi. 26. 2.	
20.00	9. HAUPTKONZERT	Do. 27. 2.	20.00 DER LIEBESTRANK von Wedekind
20.00	9. HAUPTKONZERT Wiederholung	Fr. 28. 2.	
20.00	NAPOLEON IN NEW ORLEANS / von Kaiser	Sa. 1. 3.	
20.00	LUCIA DI LAMMERMOOR von Donizetti (G)	So. 2. 3.	
20.00	TANGO von Mrozek	Mo. 3. 3.	20.00 TABULA RASA von Sternheim
20.00	DER TEUFELSSCHULER von Shaw	Di. 4. 3.	
20.00	FIDELIO von Beethoven (G)	Mi. 5. 3.	
20.00	DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau	Do. 6. 3.	20.00 6. KAMMERKONZERT
20.00	DER TEUFELSSCHULER von Shaw	Fr. 7. 3.	20.00 DER LIEBESTRANK von Wedekind
20.00	DER TEUFELSSCHULER von Shaw	Sa. 8. 3.	
20.00	DIE DAME VOM MAXIM von Feydeau	So. 9. 3.	20.00 EIN TAG IM STERBEN VON JOE EGG / von Nichols

(g. V. = geschlossene Vorstellung)
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier
Karten für Studierende 50% ermäßigt. Anrechtsscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

RUM and MAPLE
ORIGINAL-AMERIKANISCHER PFEIFENTABAK-WIRD IN DEUTSCHLAND HERGESTELLT DURCH ZOLLERSPARNIS NUR 2.50 DM
Gratissproben - PLANTA - Berlin 61

Studenten kaufen
Tabak · Zeitungen
Spirituosen und
Lebensmittel
Kaffeeausschank
in ihrer
Trinkhalle Kothhoff
(an der Mensa)

Das Druckhaus für anspruchsvolle Kunden
Druckhaus Schürmann & Klages
Bochum
Hans-Böckler-Straße 12-16
Ruf 160 81 - 83

wywi
Schreibmaschinen Billige Sonderangebote
Bochum Südring 19 • Ruf 61423

Bochumer Studenten Zeitung
Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität
Redaktion: Alois Kircher, Gerhard Huck, Bernd Westermann.
Anzeigenleitung: Christine Schlipplack
Anschriß: 463 Bochum, Lennershofstraße 66 (Ruhr-Universität)
Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG. Bochum, Nr. 90 685 9
Auflage: 8000 Exemplare
Druck: Schürmann & Klages, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16
Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.